

Protokoll:	Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	156
		TOP:	1
	Verhandlung	Drucksache:	748/2023 und 748/2023 Neufassung
		GZ:	OB
Sitzungstermin:	06.07.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	OB Dr. Nopper		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Frau Faßnacht / fr		
Betreff:	Strategische Ziele für die Stuttgarter Straßenbahnen AG		

Vorgang: Verwaltungsausschuss vom 05.07.2023, öffentlich, Nr. 378
 Ergebnis: mehrheitliche Zustimmung zur GRDRs 748/2023 mit mehreren Maßgaben, die ergänzend in die Neufassung der Vorlage eingeflossen sind

Beratungsunterlagen ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 28.06.2023, GRDRs 748/2023, mit folgendem

Beschlussantrag:

Der Gemeinderat stimmt der strategischen Ausrichtung der SSB AG sowie den in der Begründung unter Ziffer 2. dargestellten ökologischen, ökonomischen und sozialen Zielen zu.

Weitere Beratungsunterlage ist die GRDRs 748/2023 Neufassung vom 05.07.2023 mit gleichlautendem Beschlussantrag. Diese ist als Ergänzung der Ursprungsvorlage zu verstehen, da in ihr die Änderungen und Maßgaben der Beratung des Verwaltungsausschusses dargestellt sind. Sie ist dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei in Papierform angehängt.

OB Dr. Nopper eröffnet mit folgenden Ausführungen die Diskussion zu den Strategischen Zielen für die Stuttgarter Straßenbahnen AG:

"Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen mit unserer SSB in die Champions-League, wir wollen mit unseren Stadtbahnen und Bussen nicht nur in die deutsche, sondern sogar in die europäische Spitzenklasse, weil Busse und Bahnen nach unserer Überzeugung die klimaneutralen innerstädtischen Verkehrsmittel der Zukunft sind. Stuttgart soll eines der modernsten und stärksten Stadtbahn- und Bussysteme in Deutschland, ja sogar in ganz Europa erhalten. Wir wollen die Menschen motivieren, den ÖPNV deutlich stärker zu nutzen, wir wollen die Weichen dafür stellen, dass die meisten Wege der Stuttgarterinnen und Stuttgarter mit dem ÖPNV zurückgelegt werden können - gegenwärtig sind es 19 % der Wege, zukünftig sollen es 30 % der Wege sein.

Wir haben uns dabei drei sehr ambitionierte Ziele gesetzt:

Erstens, wir wollen das jährliche finanzielle Engagement der Stadt für die SSB verdoppeln oder sogar verdreifachen - von gegenwärtig 40 bis 50 Mio. EUR p.a. auf 100 bis 150 Mio. EUR p.a. Dies soll zukünftig nicht mehr über die SVV, sondern über den städtischen Haushalt finanziert werden. Bis zum Jahr 2030 wollen wir 2,1 Mrd. EUR investieren in den Neu- und Ausbau des Schienennetzes, in die Grunderneuerung von Anlagen, in die Modernisierung und Digitalisierung sowie in die Beschaffung und Sanierung von Bussen und Bahnen.

Zweitens, wir wollen bis zum Jahr 2030 gegenüber dem Jahr 2022 die Fahrgastzahlen um 40 % erhöhen.

Drittens, wir streben ein Höchstmaß an Kundenzufriedenheit an. Die SSB will emissionsfrei, verlässlich, qualitativ, sicher und sauber sein.

Ich habe dem Ausschuss vorgeschlagen, diesen Kraftakt ohne die Erhebung einer Mobilitätsabgabe durchzuführen, weil das Land hierfür noch gar keine Rechtsgrundlage geschaffen hat, weil eine solche Mobilitätsabgabe in der Region und im Land Baden-Württemberg nach dem Stand der Dinge eine Insellösung wäre, weil eine solche Mobilitätsabgabe vor allem in der alle Arbeitgeber belastenden Form den Wirtschaftsstandort Stuttgart nachhaltig schwächen würde. Der Ausschuss ist dieser Empfehlung allerdings leider nicht gefolgt."

StR Winter (90/GRÜNE) freut sich, heute einen wichtigen Meilenstein in der Frage der Mobilitätswende zu beschließen. Es sei unglaublich wichtig, die SSB zu stärken, denn sie sei die starke Partnerin auf dem Weg zum Klimaneutralitätsziel beim Verkehr. Es sei nicht nur ein Bekenntnis zur SSB, sondern man übernehme als Landeshauptstadt Stuttgart die finanzielle Verantwortung - jetzt zunächst mit 100 Mio. EUR und durch die Übernahme der Defizite direkt aus dem städtischen Haushalt. Darüber hinaus habe man im Zuge der Abstimmungen und Gespräche gestern für eine Nahverkehrsabgabe mit einer ökologisch lenkenden Wirkung votiert. Er widerspricht dem Vorsitzenden: "Wir halten es nicht für schädlich, weil alle Verkehrsverlagerungen, die wir schaffen - und Herr Oberbürgermeister, Sie haben selbst ein sehr ambitioniertes Ziel angesetzt von 19 % der Wege auf 30 % und die Fahrgastzahlen jetzt nochmal um 40 % zu erhöhen -, erreichen wir nur, wenn wir auch sonst noch verkehrslenkende Maßnahmen machen. Ein Mobilitätspass, der über das hinaus auch über die weiteren Jahre nachhaltig zur Finanzierung beitragen könnte, wäre so etwas. Und wir alle wollen diesen Mobilitätswechsel, wir wollen die Verlagerung auf den Umweltverbund. Insofern ist es gut, dass der Rat Ihrer Empfehlung in diesem Falle nicht gefolgt ist."

Die Landesregierung werde die Möglichkeiten weiter eruieren und schaffen. Spätestens dann werde man erneut über den besten Weg miteinander streiten. Er halte es für richtig, dass mit der Neufassung der Vorlage dieser Weg klar skizziert wird. Auch die ökologischen Ziele, die gestern auf Antrag von PULS noch aufgenommen wurden, verbessern die Vorlage ebenso wie das Bekenntnis zum Azubi-Wohnen und zum Wohnen für Mitarbeitende. Man werde als Stadt in allen Belangen die SSB stärken und zu ihr stehen.

StR Sauer (CDU) hebt hervor, mit der heutigen Beschlussvorlage steige man nicht nur ein in neue finanzielle Dimensionen der Unterstützung der SSB als städtisches Verkehrsunternehmen, sondern man bekenne sich auch zur Tochter SSB, indem deren künftiges jährliches Betriebskostendefizit fortan direkt aus dem städtischen Haushalt finanziert wird, ohne wie bisher den Kapitalstock der SVV dabei in Anspruch zu nehmen. Wichtig dabei sei, dass dies bis zum Ende des öffentlichen Dienstleistungsauftrages, der zwischen der Stadt und der SSB 2019 vereinbart wurde, bis ins Jahr 2040 gilt und gewährt werde. Auch bekenne man sich zu den strategischen Zielen der SSB, wie sie im Nachhaltigkeitsdreieck dargestellt sind. Er dankt den heute anwesenden Vorstandsmitgliedern Annette Schwarz, Mario Laube und Thomas Moser zusammen mit allen weiteren Beteiligten bei der SSB und bei der Stadtverwaltung für die Ausarbeitung.

Insgesamt 2,1 Mrd. EUR für Investitionen in Grunderneuerung und den weiteren Ausbau des Angebots bis 2030 sowie weitere 1,3 Mrd. EUR bis 2040 seien ein Versprechen für mehr nachhaltigen klimafreundlichen und verlässlichen ÖPNV in Stuttgart, das man einhalten und umsetzen möchte. Als zweite Säule der städtischen Finanzierung brauche man deshalb eine Erhöhung des Eigenkapitals bei der SSB, damit sie wieder kreditfähig auf dem Kapitalmarkt ist. Er dankt BM Fuhrmann für die gestrige Zusage im Verwaltungsausschuss, bis zu den Haushaltsplanberatungen ein mit der SSB abgestimmtes Finanzierungskonzept vorzulegen, das Höhe und Zeitpunkt der Kapitalerhöhung benennt. Mit Blick auf eine der Änderungen die gestern ohne die Stimmen der CDU mehrheitlich beschlossen wurde - Thema Drittmittelfinanzierung -, unterstreicht er, die CDU-Gemeinderatsfraktion wolle der Gesamtvorlage und den anderen Punkten heute ihre Zustimmung geben, gleichwohl bleibe es bei der Ablehnung der Drittnutzerfinanzierung, die nun Teil der Vorlage sei, weil man den Mobilitätsfrieden in Stuttgart gewahrt sehen will.

StRin Schanbacher (SPD) lobt den ordentlichen Schub, den die Verkehrswende mit dem heutigen Beschluss zur ÖPNV-Offensive bekomme und den man als Stadt in diesem Sektor dringend braucht. Dieser Beschluss sei auch nötig, wenn die Klimaneutralität in Stuttgart bis 2035 Realität werden soll. Man stärke der SSB auf diesem Weg gleichzeitig den Rücken mit einer historischen Finanzspritze, sei es doch das sozialverträglichste Verkehrsmittel und der ÖPNV die zentralste Daseinsvorsorge in der Stadt. Das soziale Verkehrsmittel heiße auch, dass die Tarife sozialverträglich bleiben müssen. Auch dies sei eine zentrale Veränderung der Strategie, die das ökosoziale Bündnis in den letzten Tagen auf den Weg gebracht hat: Denn mit dem 49 EURO-Ticket werde das bisherige Tarifgerüst zurecht hinterfragt. "Die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs wird zukünftig noch stärker von der öffentlichen Hand getragen - und das ist richtig so für das sozialste Verkehrsmittel, das wir haben!" Man sehe auch Verantwortung für die Verkehrswende bei den Unternehmen der Stadt, weshalb man sich für ein verpflichtendes Jobticket einsetze, wenn das Land dann die Weichen für eine Drittnutzerfinanzierung stellt. Deswegen sei es richtig, dies in einer strategischen Aufstellung mit zu benennen.

Man mache die SSB nicht nur fit für 2035, so die Stadträtin weiter, mit dem Beschluss stelle man sich auch hinter die Beschäftigten bei der SSB. Es sei deswegen ein großes Anliegen, auf dem Weg zu einer Top-Arbeitgeberin folgenden Punkt hervorzuheben: Das Wohnen. Für die SPD sei es eine zentrale unternehmerische Verantwortung in einer Stadt mit solchen Mieten und einem solchen Fachkräftemangel wie in Stuttgart, für die Beschäftigten nicht nur für gute Bezahlung und gute Löhne zu sorgen, sondern auch für Wohnraum, insbesondere Azubi-Wohnen. Daran sollten sich auch andere Unternehmen messen. Deshalb müsse Wohnen auch in einer strategischen Neuaufstellung eine wichtige Rolle spielen. Die Verkehrswende sei in diesem Rat nicht unumstritten, nichtsdestotrotz bleibe die Kontroverse bei der Diskussion um die SSB aus. Dies liege aus ihrer Sicht an der Wichtigkeit als zentrale Daseinsvorsorge, als zentraler Akteur der Verkehrswende und als Vorreiter in Sachen Klimaschutz - Stichwort: emissionsfreie Fahrzeuge etc., die die SSB hier spielt. Letztlich Sorge auch das S-Bahn-Desaster dafür, dass anstatt eines Aufschreis angesichts der Millionenfinanzierung eher die Notwendigkeit in allen Wortbeiträgen betont wurde. Mit dem heutigen Beschluss schaffe man es den Schwebezustand der SSB in Sachen Finanzierung zu beenden und Klarheit zu schaffen. Ihre Fraktion freue sich auf eine starken und weiterhin noch stärkere SSB als Top-Arbeitgeberin mit einem klaren Klimakompass und einer nachhaltigen Finanzierung.

StR Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) schließt sich den vorausgegangenen Wortbeiträgen in Bezug auf Zeitenwende, Perspektivwechsel usw. an. Er unterstütze das richtige und lobenswerte Vorgehen, welches der SSB in einer wichtigen Frage Sicherheit gibt für die nächsten Jahre. Was die strategischen Ziele der SSB im Rahmen des Nachhaltigkeitsdreiecks angeht, so sehe man jedoch trotz der gestern beschlossenen Verbesserungen eine Gefährdung des Gleichgewichts zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Zielen durch die Finanzierung über Ticketpreise. "Die Sicherstellung der Finanzierung durch eine sozial ausgewogene Tarifgestaltung" klinge relativ schön. "Tarifgestaltung" sei ein Synonym dafür, Tarife zu erhöhen in Zukunft, man wolle diese Erhöhung aber sozial ausgewogen machen. Dies sei ein Widerspruch an sich, da es aus seiner Sicht keine sozial ausgewogenen Tarifierhöhungen geben kann. Ein weiterer Widerspruch sei die Lenkungswirkung der Drittnutzerfinanzierung als ergänzende Finanzierungssäule, was man strategisch nicht sinnvoll sehe für die SSB und politisch für falsch erachte. Die Zukunft des Nahverkehrs in Stuttgart sehe die FrAKTION darin, "dass Menschen ein- und aussteigen, ohne Tickets ziehen zu müssen". Die grundlegende Finanzierung des Nahverkehrs müsse sich loslösen von der Idee von Ticketpreisen, die stetig ansteigen. Daher werde man einer strategisch eingeplanten Tarifierhöhung heute nicht zustimmen und auch nicht in Zukunft. Aus diesem Grunde lehne man die Vorlage ab und erwarte, dass in der zukünftigen Strategie der SSB das Ziel eines Nulltarifs enthalten sein muss, als Mindestanstieg beispielsweise für Bonuscard-Empfänger*innen, für Schüler*innen, Studierende, Auszubildende und für Menschen, die wenig Einkommen haben.

Mit dem heutigen Tag ziehe man einen Schlussstrich unter jahrelange Debatten um die Zukunft des Unternehmens SSB, hebt StR Ozasek (PULS) hervor. Der Gemeinderat gebe heute grünes Licht für eine ÖPNV-Offensive, für den Abbau der Bugwelle zurückgestellter Investitionen und für Zukunftsinvestitionen in klimaneutrale Mobilität in Stuttgart. Damit werde die SSB zum starken Motor für die Mobilitätswende und für den Klimaschutz mit dem Ziel Klimaneutralität 2035. Er dankt im Namen der Fraktionsgemeinschaft PULS den Vorständen der SSB für die Ausarbeitung des strategischen Zieldrei-

ecks, hinter der ein großes Engagement stecke seitens des Unternehmens und seitens der Mitarbeitenden. Man sende mit dem heutigen Tag auch ein klares Signal an die Beschäftigten: "Stuttgart steht hinter der SSB. Die mageren Jahre sind vorbei. Die SSB soll ein Top-Arbeitgeber werden" und "Wir setzen das Unternehmen auf Zukunftskurs."

Er freue sich sehr, dass die Fraktionen mit großer Mehrheit den PULS-Anträgen gefolgt sind, das strategische Zieldreieck an einigen Punkten noch zu korrigieren, insbesondere im Bereich der ökologischen Ziele zu unterstreichen, was die SSB bereits leistet. Er begrüße, dass die SSB sich nun verpflichtet, das Ziel der vollständigen Kreislaufwirtschaft im Unternehmen zu verfolgen, sich auch verpflichtet zu einer Biodiversitätsstrategie und dass der sozialen Zielsetzung gefolgt wurde, die SSB als Integrationsbetrieb zu stärken. Sie sei bereits jetzt ein Spiegelbild der von Vielfalt geprägten Stadtgesellschaft und soll dieses auch in Zukunft sein. Besonders freue er sich darüber, dass der Antrag für eine sozial ausgewogene Tarifgestaltung mehrheitlich angenommen wurde, anstatt wie bisher eine kostensteigerungsorientierte Tarifgestaltung zu verfolgen.

Soziale Unwuchten entstünden vor allem im Gesamt-VVS-Gebiet durch regelmäßige Kostensteigerungen, wie sie nun aktuell anstehen mit einer Steigerung von 7,5 %. Hervorzuheben sei auch das mehrheitliche Bekenntnis des Rates zur Drittnutzerfinanzierung mit ökologischer Lenkungswirkung als ergänzender Finanzierungssäule für die Zukunft des Unternehmens. Er bedauere daher auch, dass OB Dr. Nopper heute erneut von einer nachhaltigen Schwächung des Wirtschaftsstandorts gesprochen hat, die infolge einer Drittnutzerfinanzierung einträte. Dem widerspreche er entschieden: "Die Mobilitätswende stärkt die Lebensqualität in Stuttgart, macht Stuttgart attraktiv für Fachkräfte vor allem auch für Familien!" Solche Maßnahmen seien zwingend erforderlich, um das Klimaneutralitätsziel 2035 zu erreichen. Er appelliert an den Vorsitzenden, die Beschlüsse des Rates zu verinnerlichen, diese aktiv zu vertreten gegenüber den Partnern im VVS und gegenüber dem Land und hofft, dass OB Dr. Nopper dieses so auch in Zukunft tut. Der Angesprochene sagt den Vollzug zu, nicht aber die Verinnerlichung.

Dem Dank an die SSB als dem zuverlässigen und verlässlichen Pfeiler im Gesamt-VVS schließt StR Dr. Oechsner (FDP) sich an. Die SSB werde eine zentrale Rolle in der Mobilitätswende Stuttgarts spielen. Der heutige Beschluss spiele den Liberalen besonders in die Karten, nämlich das Modell, durch verbessertes Angebot und nicht durch Zwang das Mobilitätsverhalten der Menschen beeinflussen zu können. Dazu brauche es Geld und Ziele. Auf alle Fälle brauche es eine ganz deutliche hohe Finanzspritze, die das Eigenkapital der SSB deutlich erhöht, denn nur so können notwendige Investitionen am Kapitalmarkt vernünftig finanziert werden. Die SSB spiele eine zentrale Rolle "für uns alle" - unabhängig von einer Drittnutzerfinanzierung, da sie ja bereits durch Drittnutzer finanziert werde - nämlich durch Gewerbesteuerzahlende und Einkommenssteuerzahlende unabhängig davon, ob diese den ÖPNV nutzen oder nicht. Er warne heute schon davor - wenn die Landesregierung überhaupt die Möglichkeit zur Drittnutzerfinanzierung schafft -, darüber zu diskutieren, dies nur auf die Schultern einzelner Personengruppen umzulegen. Ob es sinnvoll ist, diese Frage in die strategischen Ziele einzubinden, verneine er aus heutiger Sicht. Er fände es jedoch traurig, diese Vorlage heute abzulehnen, denn dies sei kein gutes Zeichen an die Stadtgesellschaft und auch kein gutes Zeichen an die SSB und an deren Mitarbeiter, die jeden Tag dafür sorgen, dass ein funktionierender ÖPNV bereitsteht. Seine Fraktion sage Ja zur Vorlage.

StRin von Stein (FW) nimmt Bezug auf die fraktionsintern geführte intensive Diskussion über die Vorlage. Insgesamt sei man zu der Auffassung gelangt, die strategischen Ziele der SSB zu unterstützen, weil sie zielführend sind. Eine ablehnende Haltung habe man jedoch zum Thema Drittmittelfinanzierung. Hier teile man die Position des Vorredners. Kritisch sehe man auch, dass die SSB künftig als Bauherr auftreten soll im Zusammenhang mit der Zurverfügungstellung von Wohnraum für Mitarbeitende. Die Freien Wähler seien der Meinung, die SSB möge sich auf ihre Kernkompetenzen beschränken, nämlich die Zurverfügungstellung eines guten und zuverlässigen Verkehrs in Bussen und Bahnen. Die allerwichtigste Aufgabe für die SSB in nächster Zeit sei, alles zu unternehmen, um ausreichend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen, denn ohne Personal stünden auch die besten Ziele in Frage. Insgesamt könne man den strategischen Zielen der SSB zustimmen und wünsche sich, dass diese Realität werden können. Der Dank ihrer Fraktion gehe an alle, die zur Ausarbeitung der Ziele beigetragen haben.

StR Ebel (AfD) ruft in Erinnerung, dass die SSB ein Wirtschaftsbetrieb ist. Die ökonomischen und die sozialen Ziele des Dreiecks würde man gerne mittragen können, jedoch sei dies insgesamt wegen der ökologischen Ziele nicht möglich, insbesondere wegen der Ziele Klimaneutralität bis 2035, z. B. emissionsfreie Antriebe und Reduzierung des CO₂-Ausstoßes, Installation von PV-Anlagen auf Dächern und dass ein Beitrag zur Dekarbonisierung geleistet werden soll. "Wir wollen eine wirtschaftlich arbeitende SSB und nicht eine unwirtschaftlich arbeitende SSB", endet der Stadtrat.

Herr Fischer (Jugendgemeinderat Stuttgart) bedankt sich im Namen des Jugendgemeinderats Stuttgart dafür, heute zum ersten Mal die Möglichkeit zu bekommen, vom Rederecht Gebrauch zu machen. Er schickt voraus, als Jugendgemeinderat begrüße man die Aspekte der Vorlage sehr, beispielsweise die Ausweitung der Nachhaltigkeit der Mobilitätsmöglichkeiten für alle Stadtbezirke, Altersgruppen und Teile der Gesellschaft. Mithilfe der neu definierten Ziele könne man in Stuttgart einen wichtigen Schritt in Richtung Klimaneutralität gehen. Der Jugendgemeinderat habe sich mit dem Thema ÖPNV intensiv auseinandergesetzt. Man werde in der nächsten Sitzung am 13.07.2023 einen Antrag beraten, wo es um die kostenfreie Nutzung von Bussen und Bahnen in Stuttgart für Schüler*innen Auszubildende, Student*innen und Bonuscard-Inhaber*innen gehen soll. An die Mitglieder des Gemeinderats ergehe die herzliche Einladung vorbeizukommen und mit den Mitgliedern des Jugendgemeinderats ins Gespräch zu kommen.

Des Weiteren sei man der Überzeugung, dass der ÖPNV zum Nulltarif Anreize für junge Menschen schaffen kann und schaffen wird, sich ohne Auto in Stuttgart fortzubewegen. Deswegen sei man mit dem in der Vorlage genannten angestrebten Ziel zur Erhöhung der Fahrgastzahlen sehr zufrieden und glaube, mit dem Antrag des Jugendrats zur Erreichung beizutragen. Die Vergünstigung des ÖPNV sehe der Jugendrat als wesentlichen Faktor auf dem Weg zur Klimaneutralität und bewerte die Finanzierung der in der Vorlage gesetzten Ziele durch kostensteigerungsorientierte Tarife folglich eher kritisch. Man sei sich bewusst, dass der Gemeinderat nicht die Preise für Bus- und Bahntickets bestimmen und festlegen kann. Dennoch sehe man hier eine Möglichkeit, einen Nulltarif für die genannten Gruppen zumindest als langfristiges Ziel zu definieren, um so die Klimafolgekosten durch Sanktionen bei Nichterfüllung der Klimaneutralität oder gar Folgekosten aufgrund von Klimaschäden abzuwenden. "Wir sind die Generation, die in 30 Jahren mit den Folgen von Nichteinhaltung von Klimaschutz zu leben hat. Und deshalb bitte ich Sie, und das ist auch mein Appell an alle Gemeinderät*innen, die anwesend sind: Überlegen Sie sich genau, welche Entscheidungen Sie treffen und welche

Folgen das auf unsere Generation haben wird!" Dem Jugendgemeinderat sei es ein besonderes Anliegen, dass die Ziele, die man sich jetzt setzt, so schnell wie möglich erreicht werden. Nur so habe man ansatzweise eine Chance, die Klimaerwärmung zu bekämpfen!

Abschließend stellt OB Dr. Nopper fest:

Der Gemeinderat beschließt bei 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich wie beantragt.

Zur Beurkundung

Faßnacht / fr

Verteiler:

- I. S/OB
zur Weiterbehandlung
S/OB-Mobil

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
SSB
VVS
 2. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 3. Amt für Revision
 4. L/OB-K
 5. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. *FDP-Fraktion*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand